
FDP Schwalm-Eder

FDP FORDERT BESSERE FLÜCHTLINGS- UND EINWANDERUNGSPOLITIK

15.10.2015

„Allerdings fühlen sich viele Helfer vom Staat alleine gelassen, Bund und Land haben zu lange gezögert und bisher zu wenig getan, um Kommunen und Ehrenamtliche zu unterstützen“, so Reich. Die Bevölkerung müsse über die Entwicklungen in den Kommunen zudem besser und möglichst frühzeitig informiert werden.

Nils Weigand, Kreisvorsitzender der Freien Demokraten im Schwalm-Eder-Kreis, sieht Handlungsbedarf: „Es ist zu erwarten, dass dem Schwalm-Eder Kreis weitere große Zahlen an Flüchtlingen zugewiesen werden. Hierzu bedarf es seitens der Kreisverwaltung einer vorausschauenden Planung im Hinblick auf wie -este Uier künfteh. afür mausg

unverzögerlich in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden können und nicht langfristig Unterkünfte blockieren, in aussichtslosen Verfahren landen und erst nach mehreren Wochen oder Monaten wieder ausreisen müssen. Weigand erklärt dazu: „Die Einführung eines Einwanderungsgesetzes ist dringend nötig. Es muss bekannt sein, wer nach Deutschland einwandert. Die Einwanderung aus den Balkanstaaten muss geordnet und sinnvoll gesteuert werden.“

Reich sagt abschließend: „Das Grundgesetz bleibt die unverrückbare Ordnung für alle in Deutschland lebenden Menschen. Es gewährleistet Religions- und Meinungsfreiheit und ermöglicht jedem das Recht, sein eigenes Leben zu gestalten. Grundrechtsverletzungen oder Straftaten müssen geahndet werden und Konsequenzen haben. Flüchtlinge, die gegen unsere Gesetze verstoßen, haben das Recht verwirkt, in unserem Land Schutz zu suchen. Wir wollen aber auch, dass der Staat gegen Hetze und Gewalt aus dem rechten Lager vorgeht. Insbesondere im Netz muss noch stärker gegen Straftäter vorgegangen werden. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum.“